



Die Straßenkehrer des EAD werden weiterhin in der gesamten Stadt unterwegs sein.

Foto: Guido Schiek

Straßenkehrsatzung bleibt, wie sie ist

Im Parlament kam es am Donnerstag zu einem weiteren Prüfstein der Zusammenarbeit zwischen OB und Koalition

Von Birgit Fempfel

DARMSTADT. In die Ecke, Besen, Besen! Nach einer Einzelabstimmung ergab sich am Donnerstagabend in der Stadtverordnetenversammlung ein klares Votum für die Beibehaltung der gültigen Straßenkehrsatzung. Der EAD kehrt, wie im vergangenen Jahr beschlossen, weiterhin alle Straßen in Darmstadt. 43 Stadtverordnete lehnten den Antrag des Oberbürgermeisters auf Rücknahme der Änderung ab, 19 stimmten dafür, einer enthielt sich. Zusätzlich zu den Koalitionären von Grünen, CDU und Volt blieben unter anderem auch Uffbasse und Linke bei ihrem Votum vom vergangenen Jahr.

Der Abstimmung vorausging eine anderthalbstündige Diskussion um eine für Darmstadt ungewöhnliche Ausgangslage. Der im Frühjahr direkt gewählte Oberbürgermeister Hanno Benz hat als Sozialdemokrat im Stadtparlament keine eigene Mehrheit. Die Hessische Gemeindeordnung riskiert diesen Fall und gibt dem Oberbürgermeister das Recht, eine eigene Vorlage zur Beschlussfassung vorzule-

gen. Üblicherweise stimmt das Parlament über vom Magistrat gemeinsam beschlossene Vorlagen ab.

Er wolle den Stadtverordneten die Möglichkeit geben, „ihre Fehler zu korrigieren und damit die Wähler, die das kritisiert haben, ernst zu nehmen“, sagte Benz. „Es geht auch um die Frage, an dieser Stelle den Wahlausgang ernst zu nehmen.“ Viele Menschen hätten sich in der Stadt nicht mehr gesehen gefühlt. Mit der Satzung habe man ein Thema zum Problem gemacht, das vorher keins war.

Die Kehrsatzung war von Anfang an ein Politikum, das erbittert diskutiert wurde. Hanno Benz hatte in seinem Wahlkampf angekündigt, diese Satzung erneut zur Abstimmung zu stellen. Er tat dies mit dem Zusatz „rückwirkend zum 1.1.2023“, was bedeutet hätte, dass Gebühren für eine erbrachte Leistung hätten zurückerstattet werden müssen. Aus dieser Lage befreite ihn die FDP am Donnerstagabend mit einem Änderungsantrag für die Satzungsänderung am 1. Januar 2024, die Benz prompt so übernahm.

Sie habe gleich viele Zu-

WORUM ES GEHT

► Im vergangenen Jahr wurden mit der 33. Änderung der Straßenreinigungssatzung von 1965 alle Straßen in Darmstadt in die von den Gegnern sogenannte „Zwangsbekehrung“ des EAD aufgenommen. Das waren 226 Straßen der Kategorie V in den Stadtteilen Wixhausen, Arheilgen, Eberstadt und Heimstätte, dazu fielen bislang gültige Einschränkungen von Straßen der Kategorie IV weg, die bis dahin nur abschnittsweise gekehrt worden waren. Insgesamt **7800 Grundstücke** waren betroffen. (bif)

schriften dafür und dagegen erhalten, sagte Kerstin Lau von Uffbasse. Straßenkehrern durch den EAD „sichert Arbeitsplätze und sorgt für Gleichbehandlung der Menschen in der Stadt – das ist ein großes gemeinsames Ziel.“ Sie lehne den Antrag ab. Auch die Linke bleibe dabei, sagte Uli Franke. Es sei nicht nachvollziehbar, warum einzelne Teile ausgenommen waren, und zweitens sie das flächendeckende Kehren durch den EAD

günstiger für die, die nicht mehr selbst kehren könnten und private Dienste buchen müssten. „Die Gebühren für alle konnte leicht gesenkt werden durch flächendeckende Einführung“, stellte Franke fest.

Ob er als Anlieger überhaupt mitstimmen dürfe, fragte der fraktionsbefreite Helmut Klett, der es im Übrigen nicht ehrenrührig fand, dass Benz mit diesem Antrag ein Wahlversprechen einlöse. Klett durfte mitstimmen, da die Satzung die Gesamtstadt betrifft. Darmstadts Platz 9 bei den teuersten Städten sei nicht genug, da ginge noch was“, sagte Mandy Pingel (Die Partei), sie lehne ab. Kehren gehöre zum freiheitlichen Weltbild, sagte Günter Zabel von der AfD, sie würden dem Antrag zustimmen.

Der OB habe nicht versprochen, die Satzung zu ändern, sondern nur, sie nochmal zur Abstimmung zu stellen, betonte Sven Beißwenger von der FDP. Tim Sackreuther (SPD) fand es „erstaunlich, mit welchem Gleichmut, welcher Nonchalance hier über ein Thema gesprochen wird, das für Tausende Menschen

einen erheblichen finanziellen Unterschied“ mache. Hier sei ohne Not eine über Jahrzehnte gewachsene Regelung verändert worden.

Grün-Schwarz-Lila hatte schon vorher eine Pressemitteilung verschickt, in der sie ankündigten, von ihrer Position, die zum Beschluss im vergangenen Jahr geführt hatte, nicht abzuweichen. Benz zeigte sich enttäuscht von der Abstimmung. Das zeige ihm, „die Grünen haben aus der verlorenen OB-Wahl nichts gelernt“, äußerte er im Anschluss.

Für großen Unmut in der Koalition sorgte die Tatsache, dass Benz dem Fachdezernenten André Schellenberg (CDU), zuständig für den EAD, das Wort entzogen hatte. Er durfte sich in der Diskussion nicht äußern. Das sei doch völlig klar, sagte der OB hinterher. Der Magistrat sei ein Kollegialorgan, das nur mit einer Stimme sprechen könne. Das sei an dieser Stelle seine. Es sei ja schließlich seine Vorlage gewesen. Vertreter der Koalition sprachen dagegen von „Frankfurter Verhältnissen wie bei Feldmann“.

► KOMMENTAR